

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Neudorf bei Dresden  
Verlagsnummer: 25 241  
Nr. für Adressänderung: 20 011

**Bezugs-Gebühr** vom 1. bis 10. April 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark.  
Wochenzustellung für Monat April 5 Mark ohne Zustellungsgebühr.  
Einzelnnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig.  
**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 50 mm breite Zeile 25 Wtg., für außerhalb 40 Wtg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wtg., außerhalb 25 Wtg., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Wtg., außerhalb 250 Wtg., Citerstangegebühren 50 Wtg., Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Merkelstraße 33/42  
Druck und Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden  
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Wahrspruch nur mit beifolgender Quittung (Dresdner Nachr.) zulässig. — Unrentable Schriftsätze werden nicht anbetrieben.

**Oster-Ausstellung**  
„Ein Frühlingsfest im Hasenland“  
**B. A. Müller, Prager Straße**  
Tennis-Sportgeräte große Auswahl

**Hupfeld Phonola**  
**Tri-Phonola**  
Vorführung unverbindlich  
Waisenhausstraße 24 Rönischsaal

**Konditorei und Feinbäckerei**  
Dresden-A. **Beger** Gr. Brüdergasse 13  
Fernspr. 27955  
**Oster-Brötchen**  
in altbekannter Güte und jeder Preislage

## Deutsche Arbeit für Frankreich.

### Abschluß eines ersten Reparations-Baupertrags mit Verwendung deutscher Arbeiter.

#### Variationen des Frondienstes.

Berlin, 4. April. Reparationskommission und Transferkomitee haben den Verdon-Baupertrag, der die ersten Reparationsbauperträge unter ausschließlicher Verwendung deutscher Arbeiter in Frankreich darstellt, in ihrer letzten Sitzung endgültig verabschiedet. Der hierauf vom französischen Finanzministerium der Société du Verdon bereitgestellte Sachlieferungskredit beläuft sich auf 17,2 Millionen Mark. Vertragsträger ist das deutsche Baukonfortium in Paris und die vier in Arbeitsgemeinschaft mit ihm herausgestellten Firmen.

Bei dem französischen Verdon-Projekt handelt es sich um die Regulierung eines kleinen Gebirgsflusses in den südfranzösischen Alpen. Es sollen dort Stauwehren geschaffen und die aufgestaute Wasser zur Gewinnung elektrischer Kraft verwendet werden. Das Projekt selbst ist bereits vor zwei Jahren entworfen worden. Die Ausführung scheiterte, wie überhaupt alle Ausführungspläne auf Grund der deutschen Sachlieferungen, an der Finanzierungsfrage. Die französische Industrie verlangt natürlich einen bestimmten Anteil an der Ausführung dieser Pläne und sie braucht dazu Kapital, das bisher nicht in dem nötigen Umfang beschafft werden konnte. Die französische Kammer hat nun kurz vor ihrem Ende noch ein Gesetz angenommen, das die Lösung der Finanzierungsfrage erleichtern soll. Dadurch sind die Voraussetzungen für die Ausführung des Verdon-Projektes geschaffen worden. Es kommt im ganzen ein Betrag von etwa 17 Millionen Mark in Frage. Davon werden etwa 11 Millionen auf Rechnung der deutschen Reparationen entfallen, und zwar in Gestalt von Sachlieferungen. An der Ausführung der Arbeiten dürfen etwa 500 bis 600 deutsche Arbeiter beteiligt werden. Nach Zustimmung aller beteiligten Stellen kann man nunmehr damit rechnen, daß die Ausführung des Planes rasch in Angriff genommen wird.

#### Die Rheinlandkommission suspendiert das Frankfurt-Gesetz.

Berlin, 4. April. Amtlich wird mitgeteilt: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat das preussische Gesetz betreffend Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M. durch eine neue Verordnung vorläufig suspendiert. Die Befugung ist an der Angelegenheit insoweit beteiligt, als durch das Gesetz die zum besetzten Gebiet gehörige Stadt Höchst in den Stadtkreis Frankfurt a. M. eingemeindet wird. Die preussische Regierung ist bereit, auf die legitimen Befreiungsbedürfnisse Rücksicht zu nehmen, indem sie in Höchst eine städtische Verwaltungs-Zweigstelle, die für alle Verhandlungen in Befreiungsangelegenheiten zuständig sein soll, einrichten wollte. Dies ist der Interalliierten Rheinlandkommission zugesagt worden.

#### Gilbert-Besprechungen in Paris.

Paris, 4. April. Der Reparationsagent Parker Gilbert, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, hatte, der „Information“ zufolge, mit den höchsten französischen Finanzautoritäten Besprechungen. Es ist anzunehmen, daß in diesen Unterredungen die Sprache auch auf die Rede Poincarés in Carcassonne kam, wenn diese auch nicht die alleinige Ursache des Pariser Besuchs Gilberts sein dürfte. — Die Nachrichten über die schwebende Verhandlungen bezüglich der Mobilisierung der deutschen Schuld werden nunmehr auch vom französischen Finanzministerium als unrichtig bezeichnet. Diese Informationen werden auf den Gedankenaustrausch zurückgeführt, den die Leiter der großen internationalen Banken über diese Frage hatten.

#### Der Cavell-Film für London freigegeben.

London, 4. April. In einer kürzlich abgelaufenen Sitzung, die bis heute morgen um 6 Uhr dauerte, hat der Londoner Stadtrat beschlossen, das Ausführungsrecht für den Film „Dawn“ freigegeben. Ein Ergänzungsantrag, der die Haltung der Filmzensurstelle beanstandete, wurde mit 56 gegen 52 Stimmen abgelehnt, während ein zweiter Antrag, der sich gegen die beabsichtigte Streichung der Hinrichtungsszene wendete, mit 60 gegen 57 Stimmen verworfen wurde. Die Ausführung des Films ist nach dieser Entscheidung allen Kinos in London erlaubt.

Ausführung des Cavell-Films in Holland verboten. Das holländische Filmprüfungsamt hat gestern die öffentliche Aufführung des Cavell-Films, die bei der ersten Prüfung zugelassen worden war, untersagt.

#### Eine evangelische Partei?

Das leider ungelöst gebliebene Schulgesetz hat gezeigt, wie stark doch gegebenenfalls Fragen des Glaubens und der religiös bedingten Weltanschauung in das politische Leben hineinspielen und wie stark sie von dem Aufbau und dem Willen der politischen Parteien abhängig sind. Am Schulgesetz zerbrach die Rechtskoalition, die in der Zeit ihres fünfviertel-jährigen Bestandes viel fruchtbarere Arbeit geschaffen hatte, und gerade aus diesem Grunde liegt es nahe, die Frage aufzuwerfen: Sind die Belange der protestantischen Kirche und ihrer Mitglieder in dem System der zurzeit bestehenden politischen Parteien genügend gewährleistet oder ist es vielleicht nötig, auf die Bildung einer protestantischen Partei zuzusteuern? Die katholischen Christen Deutschlands haben als ihre Vertretung im Reichstag das Zentrum. Braucht der protestantische Teil der deutschen Staatsbürger ein protestantisches Zentrum?

Der im Verlaufe der Erörterungen über den Schulgesetzentwurf des Reichsinnenministers beobachtet hat, wie zielbewußt das Zentrum die Interessen der katholischen Kirche und ihrer Glieder verfolgt, der wird ohne weiteres geneigt sein, die hier gestellte Frage mit Ja zu beantworten, ja vielleicht schon oft das Bestehen einer protestantischen Partei schmerzlich vermisst haben. Für die Schlagkraft einer solchen neuzubildenden Partei scheint schon folgende sehr einfache Ueberlegung zu sprechen: Nur ein Drittel aller Deutschen sind Katholiken, zwei Drittel aber sind Protestanten. Nun würden zwar nicht alle Protestanten das protestantische Zentrum wählen, wie auch nicht alle Glieder der katholischen Kirche das „schwarze“ Zentrum als ihre Partei erklärt haben. Immerhin könnte das protestantische Zentrum eine außerordentlich starke und einflussreiche Partei werden, wenn man die ganze Frage nur rein zahlenmäßig betrachtet. Ein Scheitern des Schulgesetzes würde unmöglich sein, wenn für dieses Gesetz die 64 Mitglieder des katholischen Zentrums und die etwa zweifache Zahl eines angenommenen evangelischen Zentrums gekämpft hätten, in welche Kampffront dann ja noch die anderen Befürworter der christlichen Schule eingeschwenkt wären.

Das in dem heutigen Deutschland christliche Lebens- und Weltanschauung auch im Parlament verteidigt werden müssen, liegt auf der Hand. Wir wissen alle, wie stark antimoralische Kräfte heute lästig am Werke sind, die Begriffe von Ehrenhaftigkeit und Frömmigkeit als veraltet und den Fortschritt hemmend zu untergraben, wie ein groß angelegter Kampf, den der staatliche Zusammenbruch durch eine verbrecherische Revolution nur allzusehr unterfützte, jede Autorität zu zerschellen strebt — handle es sich nun um die göttliche oder irdische, um die weitgespannte einer durch Alter und Tradition geheiligten Kirche oder um die nur einen engen Kreis umfassende innerhalb der Familie. Wir wissen, daß der Nährboden dieser alles anstrebenden Zersetzung die Großstadt ist, die die Menschen losrißt von der Natur wie von Gott und sie heimatlos im furchtbaren Sinne macht, daß die Großstadt die breiten Massen zu bloßen Zahlengestirben in den Händen weniger Mächtiger entleert. Kirche und christliches Denken werden kaum — bei allem grüblerischen Gottsuchertum, das in so vielen Großstadtarbeitern schüchtern glüht — in diesen toten Häusermeeren eine härtere Resonanz gewinnen können; wie wesentlich wäre es aber gerade unter diesen nun einmal gegebenen Umständen, wenn in einem protestantischen Zentrum das in ungleich stärkerer Maße kirchlich denkende und vom Christentum beeinflusste, gesund im deutschen Boden wurzelnde Landvolk einen größeren Einfluß erringen könnte!

So vieles also für eine protestantische Partei spricht, so vieles muß doch auf der anderen Seite bedenklich stimmen. Vor allem ist jeder Schluss aus der Zahl, hier der Katholiken, dort der Protestanten, auf die Größe und Schlagkraft der beiden daraus abgeleiteten Parteien trügerisch. Die katholische Kirche beherrscht Leben und Denken ihrer Angehörigen viel härter als eine der evangelischen Kirchen, so daß der Prozentsatz der Protestanten, die ihre Stimme der angenommenen kirchlichen Partei geben würden, weit hinter der entsprechenden Zahl bei den katholischen Deutschen zurückblieben würde. Es gibt ja eben unter den Protestanten außerordentlich viele, die aus gefühlsmäßigen Motiven davor zurückschrecken, sich von ihrer Kirche völlig zu trennen, obwohl sie längst am kirchlichen Leben und sogar an christlichem Denken keinen Anteil mehr genommen haben. Dazu kommt, daß der einen katholischen Kirche, die ihr Zentrum im Reichstag

## Neue Anleihe Oesterreichs.

#### Genfer Zustimmung erteilt.

Genf, 4. April. Die österreichische Regierung beabsichtigt, eine neue Anleihe von 725 Millionen Schilling auszugeben und hat von den Garantestaaten der Anleihe von 1923 die Zustimmung dazu erlangt. Sie hat ferner die an der Anleihe von 1920 beteiligten Staaten gebeten, zukünftig der neuen Anleihe auf die Geltendmachung der Priorität zu verzichten. Dies ist zugestanden worden. Die Schweiz, die an der Kreditoperation von 1920 teilgenommen hat, hat einen Anspruch auf 31 Millionen Franken, die vom 1. Januar 1925 an mit 5 Prozent verzinst werden. An der Anleihe von 1923 ist die Schweiz mit 20 Millionen Franken beteiligt. Zurzeit finden in London Verhandlungen zwischen dem internationalen Komitee der Gläubigerstaaten und den Vertretern der österreichischen Regierung über einen Amortisationsplan statt, der es ermöglichen soll, von 1929 an die Schuld in 40 Jahren zu tilgen.

#### Fünf Meter hohe Viktorenbündel.

Uberspannte italienische Ansprüche in Innsbruck.  
Wien, 4. April. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet aus Innsbruck, daß das italienische Generalkonsulat in Innsbruck vor einiger Zeit im Innsbrucker Altviertel ein Grundstück zum Bau eines eigenen Konsulatsgebäudes erworben habe. Ein erstes Projekt, das von einem italienischen Regierungsarchitekten kam, mußte wegen Verletzung gewisser Anrainer-Rechte abgelehnt werden. Nun fand dieser Tage die Prüfung eines neuen Projektes statt, das im allgemeinen keinen Widerspruch fand, aber von der Baubehörde doch abgelehnt werden wird, weil den Einwohnern zwei fünf Meter hohe faschistenabzeichen flankieren sollen. Schon bei der Prüfung des ersten Projektes fand das

damals noch in bescheidener Größe geplante Viktorenbündel mit dem Willen den Widerspruch der Behörden. Dieser Widerspruch habe nun die Italiener veranlaßt, auf der Anbringung so großer faschistischer Abzeichen zu bestehen. Der Rechtsvertreter des Generalkonsulats verließ sogar die Kommission, als er von den Vertretern der Stadtgemeinde darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Bewilligung zur Anbringung der faschistenabzeichen nicht gegeben werde, mit dem Bemerkung, daß das eine Beleidigung des italienischen Staates sei. Die italienische Regierung werde die faschistenabzeichen, die einen Bestandteil des italienischen Staatswappens darstellen, bei den österreichischen Bundesbehörden unter allen Umständen durchsetzen.

#### Wieder Erdbebenpanik in Norditalien.

Rom, 4. April. Das Gebiet von Triaul ist heute morgen wieder von neuen Erdstößen heimgesucht worden, die sich in der vorausgegangenen Nacht bereits durch heftiges unterirdisches Grollen angekündigt hatten. Bei Cavazzo und Verzegnis wurden mehrere Straßen durch Erdstöße versperrt. Die Abhänge des Verzegnis-Berges weisen Erdspalten von dreihundert Meter Länge auf. Eine der ältesten italienischen Kirchen in St. Florian wurde durch die Erderschütterungen schwer beschädigt. Aus dem Erdbebengebiet wird eine große Panik und eine große Anzahl Obdachloser gemeldet; auch sollen sich unter den Obdachlosen ansteckende Krankheiten breitmachen.

Konstantinopel, 4. April. Heute nacht wurden in der Umgegend von Smyrna erneut drei starke Erdstöße verspürt. Die Unruhe unter der Bevölkerung wächst, zahlreiche Personen sind auf die im Hafen ankernden Schiffe geflüchtet.